



Für mehr Mitsprache: Ein parteipolitisch unabhängiges Komitee lanciert eine Volksinitiative gegen den Lehrplan 21.

Bild Marco Hartmann

Streit um Lehrplan 21 erreicht Graubünden

Ein unabhängiges Komitee fordert mehr Mitspracherecht beim Lehrplan 21. Gestern wurde eine kantonale Volksinitiative lanciert.

von Stefan Bisculm

Jetzt werden auch in Graubünden Unterschriften gegen den Lehrplan 21 gesammelt. Konkret geht es bei der gestern lancierten kantonalen Volksinitiative «Gute Schule Graubünden – Mitsprache des Volkes bei Lehrplänen!» um mehr Mitsprache bei der Umsetzung des 470 Seiten dicken Werks. Das Initiativkomitee fordert, dass die Verabschiedung von Lehrplänen nicht mehr wie bisher in der Kompetenz der Bündner Regierung liegt, sondern vom Grossen Rat genehmigt werden müsse und dem fakultativen Referendum unterstehe. Derzeit laufen in der Hälfte der Schweizer Kantone ähnliche Bestrebungen mit dem Ziel, das Stimmvolk darüber mitentscheiden zu lassen, wie die Schulkinder unterrichtet werden sollen.

Lehrer im Komitee

«Der Lehrplan 21 stellt einen tief greifenden Richtungswechsel dar. Es ist nicht in Ordnung, dass dies stillschweigend am Volk vorbei vollzogen wird», sagte der ehemalige Churer Sekundarlehrer Fritz Tschudi an einer Medienkonferenz in Chur. Neben ihm im Komitee sitzen Elisabeth Calcagnini, Lilian

«Der Lehrplan 21 stellt einen tief greifenden Richtungswechsel dar.»

Fritz Tschudi
ehemaliger Sekundarlehrer

Orlik, Marlies Klesse, Katharina Michel, Thomas Huber und Johann Wilhelm. Ein Teil der Mitglieder des Komitees sind ehemalige oder aktive Lehrer. Parteipolitisch sei man unabhängig, betonten sie. SVP-Grossrat Andrea Davaz ist denn auch der einzige Politiker, der als Mitunterzeichner auf den Unterschriftenbögen aufgeführt ist. Dessen Partei hatte im Dezember 2014 einen Fraktionsauftrag eingereicht, ebenfalls mit der Forderung, dass Lehrpläne dem fakultativen Referendum unterstellt werden müssten. Das Anliegen wurde vom Grossen Rat im April allerdings mit 83:24 Stimmen abgelehnt.

Der Bündner Regierung wurde der Lehrplan 21 von der Deutschschweizer Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren vorgelegt. Der Inhalt des

Lehrplans 21 soll vor seiner Umsetzung vom Kanton Graubünden noch leicht angepasst werden. Regierungsrat Martin Jäger kündigte als frühestmöglichen Einführungszeitpunkt das Schuljahr 2017/18 an.

Chancengleichheit in Gefahr

So weit wollen es die Initianten aber gar nicht erst kommen lassen. Die Kritik am Lehrplan 21 trifft insbesondere den «Paradigmawechsel» vom bisher lernorientierten Unterricht zur sogenannten Kompetenzorientierung. Bei dieser Form des weitgehend individualisierten Unterrichts würden insbesondere schwächere Kinder im Stich gelassen, sagte Heilpädagogin Calcagnini. «Die Idee der Chancengleichheit wird damit vollends zur Makulatur.» Um Gegensteuer zur Kompetenzorientierung zu geben, fordert die Initiative auch die Rückkehr zu verbindlichen, inhaltsbasierten Jahreszielen in den einzelnen Fächern.

Der Initiativtext wurde von Rechtsprofessor Rainer Schweizer der Universität St. Gallen auf Herz und Nieren geprüft. Damit soll sichergestellt werden, dass die Initiative nicht vor der Abstimmung für ungültig erklärt wird, wie dies mit der St.Galler Initiative gegen den Lehrplan 21 passiert ist